

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

117 (29.4.1900)

Beilage zu Nr. 117 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 29. April 1900.

Badischer Landtag.

64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 27. April 1900.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Roff, Geh. Rath und Direktor des Oberschulraths Dr. Arnspurger, Geh. Oberregierungsrath Dr. Wecherer, Ministerialrath Dr. Böhm.

Präsident Gönnert eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung. Die allgemeine Berathung über den Etat des Mittelschulwesens wird fortgesetzt.

Abg. Blümmel: Mit dem Lehrerstand beschäftigt sich stets die Öffentlichkeit und nicht immer in der schmeichelhaftesten Weise. Er kann wohl eine Kritik ertragen, nur muß sie sachlich gehalten sein. Der Beruf des Lehrers sei ein sehr schwieriger; es sei oft leichter, einem Bezirksamt vorzustehen oder eine Zeitung zu dirigieren, als eine Klasse zu leiten. Er gebe dem Abg. Dr. Heimburger zu, daß auch Lehrer, die auf einem freien kirchlichen Standpunkt stehen, die Achtung ihrer Schüler erwerben können; dies habe auch Abg. Dieterle nicht bestritten. Erfreulicherweise haben die Wünsche der Mittelschullehrer im hohen Maße warmes Entgegenkommen gefunden. Daß die Frage der Hitzferien einer befriedigenden Lösung entgegengeführt wurde, habe ihn sehr befriedigt. Wünschenswerth erschiene es ihm, daß der Beirat bei einlaufenden Beschwerden erst eine Verständigung sucht, ehe er sich an die vorgesetzte Behörde wendet. Er möchte weiter anregen, daß man den französischen Unterricht in der Quarta etwas weiter ausgestaltet, damit der Uebergang in die Tertia nicht zu scharf wird. Lehrer, die bei der Impfung mitzuwirken haben, sollten rechtzeitig in Kenntniß gesetzt werden. Redner schließt mit dem Danke, daß dieses Budget so reichlich ausgestattet wurde.

Abg. Fendrich hätte nicht erwartet, angegriffen zu werden, weil er einige Mißstände aufgedeckt habe. Es sei ihm nicht im Traume eingefallen, zu verallgemeinern, er habe sogar noch ausdrücklich betont, daß er die größte Hochachtung für unseren Lehrerstand hege. Mehr als der Volksschullehrer und Universitätsprofessor sei der Mittelschullehrer in der Lage, einen bestimmten Einfluß auf den Charakter und die Zukunft des Schülers auszuüben. Er muß daher mit Liebe dem Schüler entgegenkommen und sein Seelenleben verstehen. Auf die Ausführungen des Abg. Dieterle habe schon der Abg. Heimburger recht zutreffend erwidert. Der Abg. Dieterle habe den Lehrern empfohlen, im Kirchenbesuch den Schülern mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn nun aber ein Lehrer einen Schüler verhöhnt, weil der Junge eine Hafenscharte hatte, so wisse er nicht, was der Schüler denken soll, wenn er mit einem solchen Lehrer die Kirche besuche. Seine Behauptung, daß mit den Lehrbüchern zu häufig gewechselt wird, halte er aufrecht; ein Buchhändler habe ihm gesagt, daß augenscheinlich die festlichen Interessen der Autoren und Verleger eine große Rolle dabei spielen. Gegenüber dem Abg. Köhler bemerkt Redner, daß er die körperliche Züchtigung im allgemeinen nicht billige; leider kommen Züchtigungen an den Mittelschulen immer noch mehr vor, als man in der Regel anzunehmen gewohnt ist; es fallen nicht nur Ohrfeigen, sondern es kommt thätlich an zwei Gymnasien vor, daß die Jungen überzogen werden. Den gemeinsamen Unterricht für Knaben und Mädchen an den Mittelschulen halte er nicht für bedenklich; überall, wo weibliche und männliche Schüler zusammen unterrichtet werden, in Amerika und der Schweiz, habe man die besten Erfahrungen gemacht. Der Abg. Köhler habe gestern von der Autorität gesprochen und der Achtung, die die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Staatsoberhaupt zu erweisen hätten. Herr Köhler hätte sich besser an den Redakteur jenes Centrumsblattes gewandt, das einen Loyalitätsstreit in Aussicht stellte, wenn die Wünsche der Geistlichen hinsichtlich der Besetzung der Lehrstellen nicht befriedigt werden. Wir sind doch im Prinzip Republikaner.

Präsident Gönnert kann nicht zugeben, daß in diesem Hause ein Redner sagt, er sei ein prinzipieller Republikaner; dies stehe mit dem Verfassungsstand nicht im Einklang. (Sehr richtig!) Er müsse deshalb diese Aeußerung rügen.

Abg. Fendrich (fortsetzend). Nun man werde sich denken können, was er sagen wollte. Er wundere sich nur, daß gerade von Seite des Centrums ein derartiger Vorwurf gegen seine Partei erhoben werde.

Abg. Kohrhurst: Der Eindruck, den man aus den Verhandlungen gewonnen habe, sei wohl der, daß sich unser badisches Mittelschulwesen neben denjenigen anderer Länder wohl sehen lassen darf. Inwiefern der Vorwurf, daß die Jugend ideallos, byzantinisch und hochmüthig geworden, berechtigt sei, wolle er nicht untersuchen; doch glaube er, daß auch hier zu sehr verallgemeinert wurde. Die Hauptaufgabe der Schule sei, die Schüler zu lehren, daß das Leben der Güter höchstes nicht ist. Sie muß in erster Reihe die idealen und ethischen Güter, sowie den

sozialen Gedanken pflegen. Was vom Byzantinismus der Schüler gesagt wurde, treffe nicht zu. Wohl lehren wir, dem Kaiser zu gehorchen, was des Kaisers ist, wir verlangen von den Schülern Gehorsam gegen die Obrigkeit und Achtung der Autorität. Wir lehren sie aber auch, die Wahrheitsliebe selbst vor Fürsten und Thronen festzuhalten. Das Reformgymnasium anlangend, scheine ihm der Standpunkt des Zuwartens, den die Großh. Regierung einnimmt, der einzig richtige zu sein. Ob der Versuch gelingen wird, ist eine Frage der Zeit. Von Ueberbürdung könne man insofern nicht sprechen, als etwa den Schülern zu viel zugemuthet wird. Allerdings werden in den mittleren Klassen hohe Anforderungen an sie gestellt, weil man glaubt, das Gymnasium müsse allen Anforderungen entsprechen. Der sprachliche Unterricht dürfe an unseren Gymnasien nicht mehr beschränkt werden, ebensowenig die Naturwissenschaften; dagegen scheine ihm der Erwägung werth, ob nicht in der Mathematik eine Erleichterung zu Gunsten des Deutschen und der Naturwissenschaften eintreten kann. Redner spricht den Abgg. Weygoldt und Obkircher den Dank des Lehrerstandes aus für das warme Interesse, das sie demselben entgegengebracht haben. Die ausgesprochenen Wünsche möchte er dringend der Berücksichtigung empfehlen; insbesondere wäre im Interesse der Altpflichtigen eine Stellenvermehrung zu begründen. Die Eintheiligkeit der Lehrmittel sei im allgemeinen dringend wünschenswerth, doch nicht in allen Fächern, so z. B. sei ein Normalgeschichtsbuch insofern nicht zu empfehlen, als die darin niedergelegten Anschauungen häufig mit denen des Lehrers nicht im Einklang stehen. Bei aller Begeisterung für die deutsche Flotte stehe er doch auf dem Standpunkt, daß organisierte Flottenvereine, die dazu von Lehrern geführt werden, an den Schulen nicht gebildet werden sollten. In dieser Frage kann jeder seine eigene Meinung haben; auch einem Flottengegner dürfe man nicht den Vorwurf der Reichthumsblindheit machen; das sei ein längst überwundener Standpunkt. (Abg. Fendrich: Vaterlandsliebe gefellen!) Er bedauere den Ausdruck, wenn er gefallen ist. In Heidelberg habe man die Gründung eines Flottenvereins mit Statuten u. a. an den Schulen unterlagert, aber nichts dagegen eingewendet, daß die Jungen einige Groschen sammeln, wofür sie dann das Flottenvereinsblatt erhalten. Dieses Geld sei jedenfalls besser angewendet, als wenn es in Rauch aufginge oder für Raschereien verausgabt würde. Auch sei eine derartige Lektüre besser als Räuber- und Indianergeschichten. Daß an unseren Schulen Parteipolitik getrieben wird, glaube er nicht; er würde dies sehr bedauern. Wenn die Verordnung über die Style allgemein streng durchgeführt würde, müßte er sich fragen, ob es noch möglich sein wird, das lateinische Extemporale bei dem Abiturium zu schreiben. Der Abg. Dieterle habe nach seiner Ansicht etwas schwarz gemalt. Betreffs der Marianischen Kongregationen stehe er auf dem Standpunkte der Abg. Dr. Fieser und Dr. Heimburger, nicht etwa aus Abneigung gegen kirchliche Vereine, sondern um der Konsequenzen willen, weil die natürliche Folge eine Verschärfung der konfessionellen Gegensätze wäre. Fraglich scheine es ihm, ob sich die ablehnende Haltung des Abg. Köhler gegen den gemeinsamen Gymnasialunterricht der Mädchen und Knaben auf die Dauer aufrecht erhalten läßt. Vorerst habe man keinen Anlaß, sich gegen die Frage besonders zu wehren.

Abg. Dr. Weygoldt ist überzeugt, daß die Lehrer für das Wohlwollen dankbar sein werden, das ihnen vom hohen Hause entgegengebracht wird. Die Schaffung von Lehramtsassistentenstellen sei keineswegs ein Lieblingswunsch von ihm; er habe ausdrücklich betont, daß die Hauptsache die Schaffung weiterer etatmäßiger Stellen sei.

Abg. Köhler: Die Gründe, die er gegen die allgemeine Zulassung der Mädchen zu den Gymnasien in's Feld geführt habe, seien jedenfalls stichhaltig; die Erfahrungen, die man bis jetzt in Amerika und der Schweiz gemacht habe, beweisen noch nichts. Die Bemerkung der Centrumsblätter über die Ordensfrage sei von den gegenwärtigen Blättern falsch ausgeschlachtet worden. Jedenfalls habe seine Partei in schwierigen Zeiten die Loyalität bewiesen.

Präsident Gönnert erfuhr den Redner, sich kurz zu fassen, da diese Ausführungen eigentlich eine Abschweifung enthalten, die er selbst veranlaßt habe.

Abg. Dieterle freut sich, daß seiner Anregung, die jungen Leute mögen in Familien Aufnahme finden, von keiner Seite widersprochen wurde. Wo die Familie nicht eingreifen kann, sollte das Vereinswesen auf religiöser Grundlage Ersatz bieten. Es habe ihn sympathisch berührt, daß man nicht prinzipiell gegen die religiösen Vereine war; einige Redner gaben nur der Befürchtung Ausdruck, daß der konfessionelle Friede dadurch gestört werde. Sein Vorschlag schließe aber diese Gefahr vollständig aus. Das Streben dieser Vereine gehe dahin, daß Jeder sich anständig gegen Andere betragen soll. Dabei bieten gerade diese Vereine der Jugend die Mittel, um der Gefahr der verbotenen Vereine zu entgehen.

Abg. Blümmel theilt die pessimistische Auffassung des Abg. Köhler bezüglich der Zulassung der Mädchen

zum höheren Studium nicht. Aus purer Eitelkeit werden wohl wenige Mädchen sich zum Studium drängen; vielmehr werden sie meistens durch die Noth dazu geführt. (Sehr richtig!)

Die allgemeine Berathung ist geschlossen.

Berichterstatter Abg. Dr. Fieser führt in seinem Schlußwort aus: Er glaube nicht, daß an den Gymnasien neben dem sprachlichen Unterricht ein intensives Studium der Mathematik getrieben werden kann. Das Gymnasium werde die fortwährenden Angriffe nur mit Erfolg zurückweisen können, wenn es wieder zu den alten Traditionen zurückkehrt. Bei den Klagen über die Ueberfüllung vergesse man in der Regel den ungeheuren Zuwachs der Bevölkerung in Deutschland. Gegen den gemeinsamen Unterricht von Knaben und Mädchen an den unteren Klassen habe er keine Bedenken; aber in den höheren Klassen würde derselbe zu Unträglichkeiten führen. Auch finde er es bedenklich, wenn auf den Hochschulen in Gegenwart von Damen an nackten Körpern Operationen vorgenommen werden. An irgend einer Universität sollte doch ein besonderer Kurs für Mädchen errichtet werden. Den Wunsch des Abg. Heimburger, daß jetzt im Uebergangsstadium der schon genannten Lehrerin an dem Mädchengymnasium in Karlsruhe die Abiturientenprüfung erlassen wird, möchte er ebenfalls unterstützen. Was die Petition der Reallehrer betrifft, möchte er die Regierung ersuchen, den Weg zu betreten, den gestern der Herr Regierungsvertreter angegeben habe.

Es wird sodann in die Spezialberathung eingetreten.

Abg. Wittum bedauert, daß im Budget keine Position für den Neubau eines Gymnasiums in Pforzheim eingestellt ist. Um so mehr hoffe er, daß im nächsten Budget der Wunsch der Stadt Pforzheim bestimmt in Erfüllung geht.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Roff. Er könne, und zwar gerne, der Hoffnung Ausdruck geben, daß im nächsten Budget die Einstellung einer ersten Rate für den Gymnasiumsneubau in Pforzheim möglich sein werde; er müsse bedauern, daß solches für diesmal noch nicht angegangen sei. Allein anderen Städten sei es gerade so gegangen wie Pforzheim, z. B. Konstanz.

Wenn gerade Freiburg vor den andern berücksichtigt worden sei, so liege der Grund in der Dringlichkeit. Freiburg habe nämlich eine so bedeutende Schülerzahl, daß sie nicht mehr in dem alten Gebäude untergebracht werden können und man außerhalb vorübergehend zur Verfügung gestellte Räume ausnütze habe zuziehen müssen. Er werde s. B. dankbar sein, wenn dieses Hohe Haus, woran er nicht zweifle, der Anforderung der Mittel für einen Gymnasiumsneubau in Pforzheim das gleiche Wohlwollen entgegenbringe, wie solches Freiburg gegenüber geschehen sei.

Berichterstatter Abg. Dr. Fieser betont, daß Pforzheim hinter Freiburg deshalb zurücktreten mußte, weil hier die Schülerzahl viel größer ist. Im übrigen glaube er, daß im nächsten Budget wohl eine entsprechende Position eingestellt wird; auch sei zu hoffen, daß dann Konstanz berücksichtigt wird.

Abg. Dr. Heimburger: Ueber die Zustände im Ettlinger Lehrerseminar werde lebhaft geklagt; auf Details wolle er nicht eingehen, er möchte nur anfragen, inwiefern die Regierung über die Vorgänge unterrichtet ist.

Abg. Kohrhurst fragt an, ob im nächsten Landtag eine Anforderung für ein neues Lehrerseminar gestellt wird.

Abg. Hug: Der Direktor des Ettlinger Seminars sei ein tüchtiger Lehrer und Schriftsteller; trotzdem wurde er in letzter Zeit die Zielscheibe von Angriffen in der Presse. Es wurde eine genaue Untersuchung angefordert, aus welcher der Seminardirektor vollständig gerechtfertigt hervorging. Des naheliegenden Urtheils über den Artikel in der „Neuen Schulzeitung“ wolle er sich enthalten. Wünschenswerth wäre die Verlegung der Präparandenschule in Meersburg in das Hauptgebäude. Der Seminargarten daselbst sollte durch Ankauf eines Stück Landes vergrößert werden; auch wären einige Verbesserungen in der Küche wohl angebracht.

Geh. Rath Dr. Arnspurger, Direktor des Großh. Oberschulraths: Die Verhältnisse am Lehrerseminar zu Ettlingen seien, wie zugestanden werden müsse, keine sehr günstigen. Im Anschluß an eine gegen den Direktor des Seminars gerichtete schwere Beleidigung, die von einem Mitglied des Lehrerkollegiums ausging, hatten eingehende Erhebungen stattgefunden, auf die er hier nicht näher eingehen wolle, die aber ein für den Direktor im allgemeinen günstiges Ergebnis zutage förderten, insofern als die übrigens meistens zeitlich weit zurückliegenden und inhaltlich unbedeutenden Beanstandungen, die zu der Beleidigung Anlaß gaben, sich nicht als zutreffend erwiesen. Soviel habe sich aber mit Sicherheit ergeben, daß die kollegialen Verhältnisse an gedachter Anstalt nicht günstiger Natur sind und eine Verbesserung als notwendig erscheinen lassen, auf welche denn auch Seitens der Ober Schulbehörde hingearbeitet werde. Er bedauere die in dieser Hinsicht in der „Neuen badischen

Schulzeitung" gegen den Anstaltsdirektor gerichteten Angriffe, weil damit der an sich anerkannterwertigen Thätigkeit des Direktors, wie auch dem Streben der Ober- schulbehörde nach Besserung der fraglichen Zustände nur Hindernisse bereitet würden.

Was die von dem Abgeordneten Rohrhurst behandelte Frage der Gründung weiterer Lehrerseminare betreffe, so könne er bestätigen, daß ein Bedürfnis nach Vermehrung vorliege und die Unterrichtsverwaltung schon seit einiger Zeit mit diesem Gedanken beschäftigt sei. Er hoffe, daß in das nächste Budget eine bezügliche Anforderung eingestellt werden könne.

Die von dem Abgeordneten Hug angeregte Erwerbung des um das Gebäude der Lehrerbildungsanstalt Meers- burg gelegenes Gelände halte auch er für wünschens- werth. In dieser Beziehung sei aber zu befürchten, daß das Domänenräar, dem dieses Gelände gehöre, zur Ab- gabe nicht sehr geneigt sei; immerhin glaube er, falls die Nothwendigkeit fraglicher Erwerbung dargethan werde, auf Entgegenkommen seitens der Domänenverwaltung hoffen zu dürfen. Die Verlegung der Präparandenschule in das Hauptgebäude der Anstalt halte auch er für zweckmäßig und es werde dieselbe, nöthigenfalls durch eine entsprechende Anforderung im nächsten Budget zur Ausführung gebracht werden.

Berichterstatter Abg. Dr. Fieser ist von der Auskunft über die Etklinger Seminarverhältnisse nicht ganz befriedigt. In erster Linie sollte der Denunziant sofort nach Erhebung der Denunziation verurteilt werden. Die drei Seminare scheinen ihm für den Ersatz der großen Lehrerzahl nicht mehr zu genügen.

Abg. Dr. Heimburger bemängelt, daß die Unterrichts- zeit in den Taubstummenanstalten zu kurz sei. Außerdem kommen sehr viele Taubstummen nicht einmal in die Lage, Unterricht zu erhalten, weil die Eltern sich häufig aus reinem Eigensinn ohne jeden Grund gegen die Ausbildung ihrer taubstummen Kinder sträuben. Abhilfe gegen solche Zustände sei dringend geboten. In Württemberg z. B. betrage der Verpflegungsbeitrag nur 60 M., so daß die Eltern sich leichter bewegen lassen, taubstumme Kinder in die Anstalt zu schicken. In Bayern stehe in den Anstalten in der Regel eine große Zahl von Frei- plätzen zur Verfügung. Leider seien die Anstalten zu wenig bekannt, so daß die milden Gaben von Privaten nur spärlich fließen. Es werde nothwendig sein, den Unterricht für die Taubstummen obligatorisch zu machen und den Verpflegungssatz herabzusetzen; eventuell wäre auch die Errichtung einer neuen Anstalt in einer großen Stadt ins Auge zu fassen.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Roff: Für die erneute Anregung der Angelegenheit durch den Abg. Heimburger sei er sehr dankbar und freue sich, die Zusicherung geben zu können, daß wohl noch diesem Landtage eine Regierungsvorlage über die Durchführung der Schulpflicht der nicht voll- ständigen Kinder zugehen werde. Der Oberschulrath habe einen von dem Ministerium gebildeten Entwurf vorgelegt, wonach nicht vollsinnige Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren zum Schulbesuch verpflichtet sein sollten. Anläß- lich dieses Entwurfes hätten Erhebungen im Lande statt- gefunden, welche ergeben hätten, daß z. B. 61 taub- stumme und 10 blinde Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren gar keinen Unterricht genöhen.

Werde diese Schulpflicht durchgeführt, dann sei die Er- richtung einer weiteren Taubstummenanstalt und die Er- weiterung der Blindenanstalt nöthig.

Man habe diese Bauten schon früher geplant gehabt, habe ihre Ausführung aber zurückstellen müssen; in Ver- bindung mit dem neuen Gesetzentwurf würden aber nun- mehr die erforderlichen Mittel angefordert werden.

Die Regierung sei mit dem Herrn Vorredner darüber völlig einig, daß die neue Anstalt in einer größeren Stadt oder doch in der Nähe einer solchen kommen müsse. Ebenso werde dafür Sorge getragen werden, daß die Leistungen des Staates, bezw. der Gemeinde, welche beim Unvermögen der Eltern des betreffenden Kindes eintreten sollten, unter keinen Umständen als Armenunterstützung anzusehen seien.

Der Grund, weshalb diese ganze Vorlage noch nicht dem hohen Hause zugegangen sei, liege in der Schwierigkeit der Art und Weise, wie die Unterhaltungsmittel aufzu- bringen seien. In dem ersten Entwurfe sei vorgeesehen ge- wesen, daß im Falle des Vermögens der Eltern des be- treffenden Kindes Staat, Kreis und Gemeinde sich in die Kosten theilen. Da das Ministerium des Innern Bedenken gegen die Heranziehung der Kreise geäußert habe, sei nunmehr in dem zweiten Entwurfe die Verteilung nur auf Staat und Gemeinde in Aussicht genommen. Sobald die zur Zeit noch schwebenden, aber dem Abschluß nahen Verhandlungen über die zu treffende Abgrenzung zu Ende geführt seien, werde die Vorlage dem hohen Hause zugehen.

Diesen Taubstummen- und Blindenanstalten habe die Regierung schon lange ihre volle Aufmerksamkeit zu- gewandt, umso mehr, als in diesen Anstalten so außer- ordentlich viel geleistet werde. Wenn die Anstalten auch nach außen vielleicht weniger bekannt seien, so werde doch von den Lehrkräften ausgezeichnetes geleistet, was bei den großen Schwierigkeiten nur mit Aufbietung aller Kräfte und Bethätigung eines vollkommenen Opfermuthes errei- chbar sei. In neuerer Zeit habe man sich auch zu neuen Methoden gewandt, wodurch die Resultate noch bessere würden. Welche Erfolge man aber z. B. in der Blinden- anstalt jetzt schon erreiche, habe die kürzlich von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin veranlaßte Aus- stellung weiblicher Arbeiten, welche von solchen Zöglingen angefertigt gewesen seien erfreulich dargethan.

Er glaube besonders hervorheben zu dürfen, daß sich auch das Finanzministerium mit dem Entwurfe einver- standen erklärt habe.

Abg. Klein bestätigt, daß das Lehrpersonal in Gerlachshausen in aufopferungsvoller Weise seiner Pflicht obliegt. Er bitte den Herrn Staatsminister, daß die Kosten für die Gemeinden möglichst reduziert werden. Für arme Kinder sollten möglichst viele Freiplätze ge- schaffen werden. Dagegen möchte er jetzt schon Verwah- rung einlegen, daß etwa den Kreisen neue Kosten auf- erlegt werden. Warum die Anstalt in eine Stadt verlegt werden soll, sei nicht einzusehen.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Roff: Seiner Meinung nach könne man die Erörterung der Frage, wo die neue Anstalt zu er- richten sei, bis zur Berathung des Gesetzentwurfes oder zur Vorlage einer Budgetposition auf dem nächsten Land- tage zurückstellen. Für die Ansicht der Regierung, daß diese Anstalt aber jedenfalls in die Nähe einer größeren Stadt kommen müsse, beständen ganz gewichtige Gründe. Abgesehen davon, daß die Nähe einer solchen Stadt für die Ausbildung der Erwerbsfähigkeit dieser Unglücklichen wichtig, ja nöthig sei, gelte dies in noch viel höherem Maße mit Rücksicht auf die ganz hervorragende Bedeu- tung, welche die regelmäßige Thätigkeit und Wirksamkeit des Arztes für die Zöglinge habe. Die neuere Medizin habe sich auf die Frage der Behandlung dieser Unglück- lichen durch die Ausfindung neuer Methoden, Reste von Sehkraft zu erhalten und zu verschärfen, sowie Gehör- reste darzutun, zu erhalten und zu vermehren, einen be- stimmenden Einfluß geübt. Wenn es dem Arzte gelinge, auch nur einen Prozentsatz dieser Unglücklichen heraus- zuziehen, so müsse das als bestimmend für die Frage, ob eine solche Anstalt in der Nähe einer größeren Stadt oder fern von einer solchen zu errichten sei, erachtet werden. Doch habe man sich erst bei späterer Berathung über diesen Punkt schlüssig zu machen; er habe aber nicht unterlassen wollen, schon heute auf das Gewicht der ge- nannten Gründe hinzuweisen.

Abg. Werr schließt sich den Ausführungen der Vor- redner an. Die Anstalt in Gerlachshausen habe thatsäch- lich schon sehr schöne Erfolge erzielt. Mit dem Abg. Klein sei er der Ansicht, daß die neue Anstalt auf dem Lande und zwar in Mittelbaden errichtet werden soll. Den Schulzwang halte er für gerechtfertigt.

Vizepräsident Lauck übernimmt das Präsidium.

Abg. Dr. Wilckens konstatirt, daß er schon auf dem letzten und vorletzten Landtag die Anregung zur Einfüh-

rung des Schulzwangs in den Taubstummenanstalten gegeben habe. So viel er sich erinnere, sei schon vor sechs Jahren ein Gesetzentwurf den Kreisen zur Ausbe- rung mitgetheilt worden. Sie haben sich aber damals ener- gisch gegen eine Beitragsleistung gewehrt. Auch heute glaube er, wäre es nur billig, wenn der Staat und die Gemeinden die Kosten übernehmen würden. Neuerdings werden diese Kranken mehr vom Standpunkt des Arztes aus behandelt; daher muß bei Auswahl des Platzes darauf Rücksicht genommen werden, ob in der Nähe der Anstalt eine tüchtige ärztliche Kraft vorhanden ist.

Abg. Birkenmayer bittet, daß die Regierung hin- sichtlich der Erhebung der Beiträge einen Unterschied zwischen reichen und armen Gemeinden mache. Bezüglich des Orts entscheide lediglich das Interesse des Pfläglings; auf die ärztliche Pflege muß Rücksicht genommen werden.

Abg. Klein: Die Gründe, die dafür angeführt wurden, die neue Anstalt in der Nähe einer Stadt zu errichten, haben ihn nicht überzeugt. Nur bei ganz wenigen Taubstummen sei noch etwas Gehör vorhanden, so daß die ärztliche Pflege meistens gar nicht ver- langt wird. Die neue Anstalt sollte daher in die Pro- vinz verlegt werden.

Abg. Dr. Heimburger: In einer so wichtigen Sache dürfen keine Lokalinteressen, sondern lediglich das Interesse der armen Unglücklichen maßgebend sein. (Sehr richtig!) Die Gründe des Herrn Staatsministers scheinen ihm durchschlagend zu sein.

Abg. Hug spricht den Lehrern der Taubstummen- anstalten in Meersburg und Gerlachshausen für ihre auf- opferungsvolle und mühsame Arbeit seine Anerkennung aus. Bezüglich der Frage, wo die Anstalt errichtet wer- den soll, möchte er sich der Ansicht des Abg. Klein an- schließen, auch auf dem Lande könne die ärztliche Fürsorge gebührend berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Wilckens glaubt, daß die Platzfrage nur nach den Interessen der Taubstummen entschieden werden kann. Eine intensive ärztliche Behandlung gerade dieser Kranken sei absolut nothwendig. Die Provinz habe nur ein Interesse an der richtigen Behandlung der Kranken.

Berichterstatter Abg. Dr. Fieser: Troßdem der Auf- wand für die Anstalten jetzt schon ziemlich hoch sei, habe er gegen eine Herabsetzung der Verpflegungsbeiträge nichts einzuwenden. Die neue Anstalt sollte in einer Univer- sitätsstadt errichtet werden, damit die Kranken von einem Spezialisten behandelt werden können.

Abg. Pfefferle spricht der Regierung Anerkennung aus für die Förderung der Haushaltungsschulen. Er bitte, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten und im nächsten Budget für diesen Zweck eine größere Summe einzustellen.

Berichterstatter Abg. Dr. Fieser glaubt ebenfalls, daß eine rege Förderung der Haushaltungsschulen namentlich auf dem Lande nothwendig ist.

Abg. Fischer I bemerkt, daß die Platzfrage für den Neubau eines Gymnasiums in Freiburg in glänzender Weise gelöst worden sei. Die Stadtgemeinde kam der Regierung namentlich in der Preisbemessung außerordent- lich entgegen. Redner bittet, daß der Bau bald begonnen und rasch durchgeführt wird.

Abg. Dr. Fieser schließt sich diesem Wunsche an und fragt bei § 35 (Beleuchtungsanlage in der Lehrerbildungs- anstalt in Meersburg) an, welche Art der Beleuchtung eingeführt wird.

Geh. Rath Dr. Arnspurger, Direktor des Groß- Oberschulraths: Es sei beabsichtigt, in der Lehrerbildungs- anstalt zu Meersburg die elektrische Beleuchtung einzu- führen; zweifelhaft sei aber bis jetzt noch, ob dabei die sogenannte Kernlicht-Lampe zur Verwendung kommen könne, sowie ferner, ob die Beleuchtungsanlage gemeinsam mit der Stadtgemeinde Meersburg eingerichtet würde.

Sämmtliche Positionen, sowie der Kommissionsantrag zu der Petition der Reallehrer wurden angenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: in Vertretung von Julius Kay) Adolf Kersting in Karlsruhe.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Erbeinweisungen.

A. 382.3. Nr. 8766. Heidelberg. Die Witwe des am 9. Dezember v. J. zu Waldwimmersbach verstorbenen Dienstmichs Joseph Klein, Elisabeth geb. Jakob hat den Antrag auf Ein- setzung in Besitz und Gewähr des Nach- lasses ihres Ehemannes gestellt. Diefem Antrage werden wir entsprechen, falls binnen 4 Wochen keine Einsprache bei uns erhoben wird.

Heidelberg, den 17. April 1900.
Gr. Amtsgericht:
gez. von R a n d e.
Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
H e r r e l.

A. 164.3. Nr. 7550. Laßr. Das Groß. Amtsgericht hier hat verfügt: Die Witwe des Fabrikanten Friedrich M o r t a d t, Bertha geb. Paenle in Laßr. hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres am 2. Dezember 1899 verstorbenen Ehe- manns nachgesucht.

Diesem Gesuche wird entsprochen werden, wenn nicht innerhalb 8 Wochen Einsprachen dagegen erhoben werden. Laßr., den 6. April 1900.
Berichtsschreiber Groß. Amtsgerichts:
E i s e n t r a g e r.

Bekanntmachung.

A. 381.2. Nr. 4757. Stodach. Das Verzeichnis derjenigen Personen, welche als Nachkommen des ersten Stamm- hauptes am Stammgute des Grafen Wilhelm Douglas in Langen- stein erberechtigt sind, liegt zur Ein- sicht der Stammberechtigten auf die Dauer eines Monats bei dem Amts- gerichte Stodach offen.

Dies wird den Stammberechtigten mit der Aufforderung bekannt gegeben, Anträge auf Berichtigung oder Ergänzung des Verzeichnisses rechtzeitig innerhalb der Offenlegungsfrist unter Vorlage der erforderlichen Urkunden bei dem Amtsgerichte Stodach geltend zu machen.

Stodach, den 18. April 1900.
Groß. Amtsgericht: Dr. A b e r l e.

A. 549. Wühl.

Zur Fortführung der Vermessungs- werke und der Lagerbücher nachfolgender Gemartungen ist im Einverständnis mit den Gemeinberäthen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt, für die Gemartung:
Wühl auf Freitag den 4. Mai, Vor- mittags 11/9 Uhr;
für die Gemartung **Silbmannsfeld** auf Dienstag den 8. Mai, Vormittags 9 Uhr;

für die Gemartung **Moss** auf Mit- twoch den 9. Mai, Vormittags 9 Uhr;
für die Gemartung **Oberbuch** auf Donnerstag den 10. Mai, Vormittags 9 Uhr;
für die Gemartung **Walshausen** auf Freitag den 11. Mai, Vormittags 9 Uhr und
für die Gemartung **Vimbuch** auf Samstag den 12. Mai, Vormittags 9 Uhr.

Die Grundeigentümer werden hier- von mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichnis der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinberäth bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fort- führungstermin zur Einsicht der Be- theiligten auf dem Rathhause auf- liegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichnis vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleich- zeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fort- führungsbearbeiter in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgefertigten

Handrisse und Messtafeln vor der Tagfahrt bei dem Gemeinberäth oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungs- beamten abzugeben, widrigenfalls die- selben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten. Auch werden in der Tagfahrt An- träge der Grundeigentümer wegen Wiederbestimmung verloren gegangener Grenzmarken an ihren Grundstücken entgegen genommen.

Wühl, den 27. April 1900.
Der Groß. Bezirksgeometer:
D u f f n e r.

A. 514. Nr. 208. Heidelberg. Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungs- werke und der Lagerbücher nachfolgender Gemartungen ist im Einverständnis mit den Gemeinberäthen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt, für die Gemartung:
1. **Neckargemünd**, Freitag den 4. Mai, Vormittags 11 Uhr.
2. **Wühlmannsfeld**, Montag den 7. Mai, Vormittags 11 Uhr.
3. **Altenbach mit Hinterbach** und **Kohlhof**, Mittwoch den 9. Mai, Vormittags 11 Uhr.
Die Grundeigentümer werden hiebon mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichnis der seit der

letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinberäth bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fort- führungstermin zur Einsicht der Be- theiligten auf dem Rathhause auf- liegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichnis vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleich- zeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuche nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fort- führungsbearbeiter in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Ver- änderungen sind die vorgefertigten Handrisse und Messtafeln vor der Tagfahrt bei dem Gemeinberäth oder in der Tagfahrt bei dem Fortfüh- rungsbeamten abzugeben, widrigenfalls die- selben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten. Auch werden in der Tagfahrt Anträge der Grundeigentümer wegen Wieder- bestimmung verloren gegangener Grenz- marken an ihren Grundstücken entgegen genommen.

Heidelberg, den 26. April 1900.
Der Groß. Bezirksgeometer:
F r. F u g m a n n.